

IfW-Box 2014.1

Zu den Auswirkungen der Krise um die Ukraine auf die Weltwirtschaft

Klaus-Jürgen Gern

Die Krise kann über den Außenhandel und über finanzwirtschaftliche Verflechtungen auf andere Länder ausstrahlen. Einen weiteren Wirkungskanal stellen die Rohstoffpreise dar, die als Folge eines Eskalierens der Krise stark steigen könnten.

Infolge der politischen Krise in der Ukraine dürfte sich die Produktion im Land in jedem Fall deutlich abschwächen. Vergleichbare politische Umstürze sind häufig mit beträchtlichen Rückgängen des Bruttoinlandsprodukts in einer Größenordnung von 5 Prozent verbunden gewesen. Rückgänge im Außenhandel, die weit darüber hinausgehen, sind wahrscheinlich. Allerdings sind die Auswirkungen auf die übrige Welt insgesamt gering, denn die Ukraine ist trotz einer Bevölkerung von 45 Millionen wirtschaftlich gesehen ein kleines Land. Bei einem Pro-Kopf-Einkommen von lediglich 3 500 US-Dollar erwirtschaftet es ein Bruttoinlandsprodukt, das geringer ist als das von Portugal oder Irland. Der Anteil der Exporte in die Ukraine an den Gesamtexporten liegt für die Europäische Union ebenso wie für Deutschland bei lediglich 0,5 Prozent. Erheblich größer ist der Anteil der Lieferungen in die Ukraine vor allem im Nachbarland Polen (Tabelle 1). Über den Handelskanal sind spürbare Auswirkungen eines wirtschaftlichen Einbruchs in der Ukraine also allenfalls für Polen zu erwarten. Die Ukraine ist in einem Umfang von 35 Mrd. US-Dollar bei ausländischen Banken verschuldet, davon ca. 25 Mrd. bei europäischen Banken. Bei dieser Größenordnung wäre selbst ein Totalausfall dieser Kredite für den Bankensektor wohl verkraftbar. Gleichzeitig erscheint ein solches Szenario aber sehr unwahrscheinlich angesichts der Tatsache, dass EU und IWF bereits Finanzhilfen in Aussicht gestellt haben, um die Zahlungsfähigkeit des ukrainischen Staates sicherzustellen.

Durch das Eingreifen Russlands auf der Krim besteht das Risiko einer Eskalation, selbst wenn es nicht zu einer direkten militärischen Konfrontation mit der NATO kommt, deren ökonomische Folgen wohl nicht abschätzbar sind. Die Krise bedeutet eine erhebliche zusätzliche Unsicherheit, die die wirtschaftlichen Dispositionen erschwert, Risikoprämien erhöht und von daher die Finanzmärkte belastet. Insbesondere Investitionen dürften dadurch gebremst werden. Auch wären Einschränkungen im Handel mit Russland für die übrige Welt durchaus spürbar. So werden etwa 2,5 Prozent der Exporte der EU nach Russland geliefert, in Deutschland lag der Anteil im Jahr 2012 bei 3,3 Prozent. Auch die finanziellen Verflechtungen mit Russland sind erheblich bedeutsamer. Ausländische Banken halten Vermögenstitel in Russland in Höhe von 242 Mrd. US-Dollar, darauf entfallen 184 Mrd. auf europäische Banken (UniCredit 2014). Abschreibungen in dieser Größenordnung wären von den europäischen Banken kurzfristig wohl nicht ohne weiteres zu erbringen.

Tabelle 1:

Exporte ausgewählter Länder in die Ukraine und nach Russland 2012

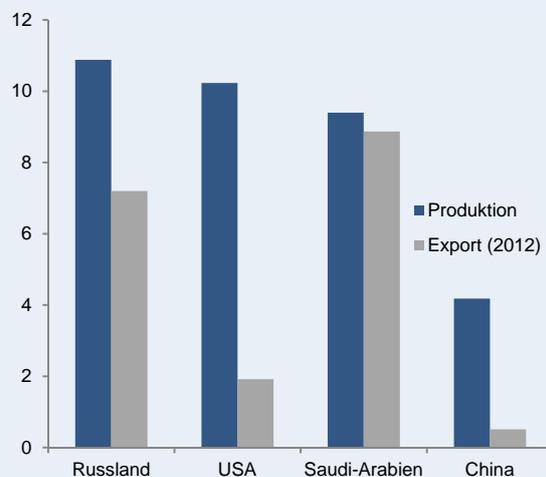
	Ukraine	Russland
Deutschland	0,5	3,3
Frankreich	0,2	1,9
Polen	2,8	5,1
Finnland	0,7	9,9
Europäische Union	0,5	2,6
Vereinigte Staaten	0,1	0,7
Russland	5,2	–

Jahresdaten. Warenhandel. Prozentualer Anteil an Gesamtexporten.

Quelle: IMF, *Direction of Trade Statistics*.

Abbildung 1:

Ölproduktion und Ölexporte wichtiger Förderländer 2013



Quelle: International Energy Agency, *Oil Market Report*, Februar 2014, US Energy Information Agency.

Ein besonderes Risiko resultiert aus der Rolle Russlands als Lieferant von Rohstoffen, insbesondere Erdöl und Erdgas. Über den Kanal Rohstoffpreise dürften auch die gravierendsten Effekte eines Konflikts auf die übrige Weltwirtschaft erfolgen. Russland ist der größte Ölproduzent der Welt und exportiert kaum weniger Rohöl als Saudi-Arabien (Abbildung 1). Ein Viertel des Gasverbrauchs im Euroraum wird durch russisches Gas gedeckt; in Deutschland liegt dieser Anteil sogar bei 40 Prozent. Kürzungen der Lieferungen aus Russland könnten den Ölpreis empfindlich nach oben treiben, bereits die Sorge darum dürfte spürbare Effekte haben: Am ersten Tag des Eingreifens Russlands auf der Krim sprang der Ölpreis um 3 Prozent auf ein Jahreshoch von 112 US-Dollar pro Barrel Brent, in den Tagen danach allerdings ist er wieder zurückgegangen. Die russischen Öl- und Gaslieferungen könnten nur teilweise aus anderen Quellen ersetzt werden. Zudem dürfte sich der Preis für nichtrussisches Öl und Gas aufgrund zusätzlicher Nachfrage drastisch erhöhen. Auch wenn kurzfristig auf umfangreiche Lagerbestände zurückgegriffen werden kann, wären somit erhebliche dämpfende Wirkungen auf die Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu erwarten. Allerdings ist die Abhängigkeit vom russischen Öl zweiseitig. Die Staatsfinanzen Russlands sind ebenfalls in hohem Maße von den Öleinnahmen abhängig. Eine nachhaltige Störung der Lieferbeziehungen würde den ohnehin im Gange befindlichen Prozess der Umorientierung hin zu alternativen Quellen (Fracking-Boom in den Vereinigten Staaten, steigende Produktion in Afrika und Südamerika, Reintegration iranischen Öls; beim Gas: zunehmender Einsatz von verflüssigtem Erdgas aus anderen Fördergebieten) beschleunigen und würde die Position Russlands auf mittlere Frist erodieren. Die Nutzung des Ölhandels als politisches Druckmittel (sei es als Boykott oder Embargo) ist also für beide Seiten eine kostspielige Strategie und entsprechend unwahrscheinlich.

Literatur

UniCredit (2014). *Weekly Focus* 97, 7. März, unveröffentlicht.